

der Zukunft auf und wird zu einem, der mehr ist, als in seinen Möglichkeiten lag.

In den der freien Disposition der Teilnehmer überlassenen Mittagsstunden referierte Rabbi *Jonathan Magonet* auf vielfach geäußerten Wunsch noch zusätzlich über das Buch Jona, das Gegenstand seiner Rabbinatsarbeit war, und arbeitete auch hier die zugrunde liegenden Leitgedanken heraus anhand aufschlußreicher Formulierungen und Schlüsselworte. Jona erweist sich dabei als zeitlose Gestalt, als eine für alle Epochen beispielhafte Person in einer Parabel, Ninive aber als Bild der sich bekehrenden Bosheit. »Wir alle haben in unserem Leben unsere eigene Stadt Ninive, der wir ins Gesicht sehen müssen. Die Geschichte des Jonas hilft uns, zu verstehen, wovor wir wegrennen und was wir überwinden müssen... Wenn ein Ruf Gottes an uns ergeht und wenn wir nicht auf diesen Ruf hören, dann geistert das Echo dieses Rufs gleichwie im Buch Jona um uns herum; wir schweben irgendwie darin, bis wir den Auftrag angenommen und ausgeführt haben.« Interessant waren unter anderem die Parallelen zur Exodusgeschichte: Hier wie dort die sture Dickköpfigkeit der von Gott Berufenen, das hartnäckige Murren. Ferner die Analogie zur Sprache der Propheten und Psalmen: Man vergleiche Jona 1, 14 mit Jer 26, 15; Jona 3, 9 mit Jer 26, 13; Jona 1, 14 mit Is 55, 11; Nehemias 9, 17; Ps 115, 3 und Ps 135, 5–6. Hier fällt auf, daß die heidnischen Matrosen angesichts des eigensinnigen Jona in Kap. 1, 14 den Gedanken der Hallel-Psalmen zitieren, wonach Gott alles tut, was ihm wohlgefällt. Welche Ironie: Die Heiden müssen dem Jona die Einsichten der jüdischen Liturgie ins Gedächtnis rufen, um ihn zur Besinnung zu bringen. Und dann die Menschen von Ninive! Sie glauben dem Bußruf des Propheten sofort und kehren um, während der Prophet selber störrisch bleibt. Ein nüchternhartes Lehrstück. Gottes Lieblinge bereiten ihm manchmal mehr Mühe als Fernstehende. –

Regelmäßige Gebetszeiten und Gottesdienste vertieften und befestigten das gemeinsam Erlebte. Auch eine gemeinsame tägliche Psalmenlesung in mehreren Sprachen (Hebräisch, Deutsch, Englisch, Holländisch) diente diesem Anliegen. Sie wurde gelegentlich durch eine anschließende Meditation bereichert. So meditierte Schwester Eulogia Wurz OSB (Herstelle/Weser, kath.) über Psalm 30 als Lied eines Menschen, der erst in Todesnot sehend wird für die wahre Wirklichkeit – für Gott, und der so ein neuer Mensch wird.

Vielen aus dem Herzen gesprochen waren die Dankworte einer jüdischen Teilnehmerin im abschließenden Plenumgespräch: »Es ist nicht nur das nie erlebte Gefühl des Geborgenseins in einer großen christlichen Gemeinschaft, das mich in dieser christlich-jüdischen Bibelwoche stark beeindruckte; es ist vielmehr die Bestätigung einer Gewißheit, an die Juden seit Jahrtausenden glauben und der ich vertraue: daß Menschen es eines Tages schaffen werden, im gemeinsamen Suchen nach dem Einen – nennen wir es ›Gott‹ oder ›Weg‹ oder ›Friede‹ – die Welt in Ordnung zu bringen. Diese Bestätigung ist beglückend.«

Oda Hagemeyer OSB, Herstelle/Weser

8 Einweihung der Synagoge und des jüdischen Gemeindezentrums in Karlsruhe

Am 4. Juli 1971 – nahezu 33 Jahre nach der Zerstörung der alten Synagoge – wurden in Karlsruhe die neue Synagoge und das jüdische Gemeindezentrum feierlich eingeweiht.

Als auch bezeichnend für die Geschichte der Juden in Deutschland bringen wir aus Reden von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik bei diesem Anlaß einige Ausschnitte aus dem »Mitteilungsblatt des Oberrates der Israeliten Badens«, dem »Jüdischen Pressedienst« des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie den vom Süddeutschen Rundfunk (Karlsruhe) aus Heidelberg gesendeten Hinweis auf ein mit der badischen Geschichte verbundenes und für die deutsch-jüdische Geschichte bedeutsames Ereignis. Hierüber gibt es im Generallandesarchiv in Karlsruhe, in dem dortigen großherzoglichen Familienarchiv, einen Briefwechsel mit *Theodor Herzl* und dem Großherzog *Friedrich I. von Baden*. Dem Mitteilungsblatt des Oberrates der Israeliten Badens (23/8), Karlsruhe, 8. 8. 1971, entnehmen wir:

Unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit wurde am 4. Juli [1971] die neue Synagoge und das jüdische Gemeindezentrum Karlsruhes am Ende der Knielinger Allee zwischen Erzbergerstraße und Adenauerring eingeweiht. Umgeben von Bäumen und grünem Rasen, strahlt der von den Karlsruher Architekten Dr.-Ing. Hermann Backhaus und Dr.-Ing. Harro Wolf Brosinsky entworfene Gebäudekomplex eine außerordentlich wohltuende Harmonie aus. Der in der Form eines Davidsterns errichtete Sakralbau ist in vielfacher Hinsicht eine besondere Meisterleistung. Er ist ganz mit naturfarbenem Eichenholz verkleidet, aus dem auch das rotgepolsterte Gestühl besteht. In der Mitte der Decke gibt eine Glaskuppel von 2,3 Meter Durchmesser mit einem ebenfalls gläsernen, gelben Davidstern den Blick zum Himmel frei. Ein schmales Lichtband aus farbigen, vom rötlichen Morgen- zum blauen Mittag- und gelblichen Abendschein übergehenden Glasfenstern unterbricht durchgehend die Wände und die Decke des vollklimatisierten Raumes, der über 205 Plätze verfügt. Die roten Samtvorhänge des Thora-Schreins und des Betpultes sowie die Ewige Lampe geben der formalen Schlichtheit der Innenarchitektur Feierlichkeit. Hervorgehoben zu werden verdient schließlich die hervorragende Akustik in dieser jedermann offenstehenden Kultstätte, unter der sich der über 240 Plätze verfügende Gemeinderaum befindet.

Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gehörten 3 500 von 160 000 Karlsruher Bürgern der jüdischen Gemeinde an, heute sind es nur wenig mehr als 300 bei rd. 260 000 Einwohnern. Diese Zahlen markieren ein verpflichtendes Schicksal, das aus den Reden am Einweihungstag, der Festpredigt des Landesrabbiners, den Gesängen und Gebeten nachhaltig ins Bewußtsein drang...

Synagogen gibt es in Baden-Württemberg nur noch in Stuttgart und eine kleine in Mannheim. Freiburg, Baden-Baden, Heidelberg und Konstanz besitzen lediglich kleine Betsäle...

Nach der vom Oberkantor E. Nachama aus Berlin gesungenen Eingangshymne führte Oberbürgermeister Otto Dullenkopf u. a. aus:

»Bald nach der Gründung dieser Stadt, 1715, errichteten die Juden in Karlsruhe eine Synagoge. Das alte jüdische »Gemeindsgebäude« war der erste religiöse Mittelpunkt jüdischen Lebens. *Friedrich Weinbrenner* entwarf die zweite Synagoge; sie wurde auf dem Platz der ersten errichtet. Der Beginn des 19. Jahrhunderts sah sie fertig. Bald aber war sie einer Erweiterung bedürftig. Man plante und wägte, man entwarf und verwarf. Bis 1871 ein Brand die zweite Stätte des Gebets der Karlsruher Juden zerstörte. Diese Zerstörung war ein Unglück; niemand wollte sie.

Die Zerstörung der dritten Synagoge aber war ein Verbrechen, geplant und gewollt. *Josef Durm* zeichnete sie; 1875 wurde sie eingeweiht. Des Badischen Landes Großherzog war anwesend. Ihre Zerstörung im November 1938

verbindet sich mit dem Namen der Schande: Der ›Kristallnacht‹. Eine Tafel des Gedenkens und der Mahnung erinnert daran, 1963 wurde sie enthüllt.

Heute weihen wir die vierte Synagoge ein; und auch ein jüdisches Gemeindezentrum: Ein würdiger Bau an würdiger Stätte, ein neuer religiöser Mittelpunkt jüdischen Lebens in dieser Stadt Karlsruhe. Die Form fängt den Glauben von Jahrtausenden ein. Die Schale ist von heute, Ewigkeit und Zeit verschmelzend.

Dieses jüdische Gotteshaus steht in einer Stadt, die sich bald nach ihrer Gründung — und vor 1933 — zur zweitgrößten jüdischen Gemeinde Badens entwickelte. Im Privilegbrief des Markgrafen Karl Wilhelm wurde den Juden, sieben Jahre nach der Stadtgründung, dieselbe Freiheit wie den Christen zugestanden. Die völlige bürgerliche Gleichstellung ward freilich erst 1862 erkämpft. Die ›Friedrich-Stiftung‹ war der Dank der badischen Juden. Karlsruhe verdankt den Juden viel. Rang und Namen dieser Stadt wurden von Juden mitgeprägt: Die Nobelpreisträger *Haber* und *Willstätter* lehrten in Karlsruhe; der Dichter *Alfred Mombert* ist hier geboren; bedeutende jüdische Ärzte lebten hier: *Homburger*, *Kusel*, *Lust*, *Seligmann*, *Weill*. *Levi* und *Rosenberg* bereicherten das musikalische Leben und hoben es zu europäischem Rang. Jüdische Politiker leben in der Stadtgeschichte: *Ellstätter*, *Frank*, *Friedberg*, *Kusel*, *Marum*. Jüdische Bankiers, Kaufleute und Fabrikanten haben Anteil an der erstaunlich schnellen Entwicklung dieser Stadt: *Homburger* und *Bielefeld*, *Ettlinger*, *Model* und *Reutlinger*. Der Karlsruher *Rabbiner Schwarz* war einer der bedeutendsten Vertreter der wissenschaftlichen Talmudforschung. Es ist deshalb ein Stück Dankesschuld, wenn wir der jüdischen Gemeinde ihre Mitte und ihren Tempel zurückgeben, den Bürger dieser Stadt, fern- und fehlgelenkt von den Statthaltern des Bösen, vor 33 Jahren schändeten und zerschlugen . . .« Der Oberbürgermeister schloß seine Ansprache mit dem Wunsch: »Möge dieser Tag der Einweihung der Synagoge und des jüdischen Gemeindezentrums in die Geschichte dieser Stadt Karlsruhe eingehen als ein Tag des Menschen, der nicht nur der Greuel und des Bösen fähig ist, sondern auch der Einsicht, der Umkehr und der Genugtuung. Des Menschen, der seine Vergangenheit und Geschichte nicht verdrängt, sondern überwindet; der Stolz kennt und Scham, seine Würde und seine Schwachheit, seine Größe und seinen Dämon. Möge dieser Tag in die Geschichte dieser Stadt Karlsruhe eingehen als ein Tag unseres gemeinsamen Gottes, damit er alle, unverführt, der Unterscheidung fähig macht.«

Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger

bezeichnete im selben Sinne diesen Tag als herausragend in der Geschichte des Landes, dem wieder eine Stätte der Begegnung von Juden und Nichtjuden gegeben wurde. Dies gelte es auszunützen. Der Ministerpräsident gedachte in seiner Ansprache der großen Zahl herausragender jüdischer Persönlichkeiten in Baden, von denen viele, wie der Minister *Dr. Marum*, unter einem verbrecherischen Regime das Leben lassen mußten. Nachdrücklich setzte sich Dr. Filbinger für eine schrittweise Annäherung zwischen Christen und Juden mit dem Ziel einer engen Verbundenheit ein.

Aus der im »Jüdischen Pressedienst« des Zentralrats der Juden (Nr. 7/71) S. 5 f. in vollem Wortlaut wiedergegebenen Rede von Bundesinnenminister H.-D. Genscher entnehmen wir den folgenden Auszug:

» . . . Niemand weiß besser als die jüdische Minderheit in unserem Lande, welche schrecklichen Folgen das Versagen des einzelnen im Alltag der Demokratie haben kann. Die Verfolgung der jüdischen Mitbürger nach 1933 geschah vor den Augen einer verängstigten, egoistischen, gleichgültigen oder gar zustimmenden Öffentlichkeit. *Theodor Heuss* hat in bündiger, Widerspruch ausschließender Form das seine dazu gesagt: ›Wir haben von den Dingen gewußt.«

Freilich, sich in solcher Lage als guter Nachbar zu erweisen, das verlangte mehr als Mut oder Engagement, hier stand Leben gegen Leben, das eigene und das Leben der eigenen Familie gegen ein fremdes. So kam es zu jener schuldig-unschuldigen Verstrickung des einzelnen in jener Zeit, die von den meisten nur verdrängt, aber nicht überwunden werden konnte.

Der Antisemitismus ist in diesem Land heute so gründlich tabuisiert, daß man nicht einmal entscheiden kann, ob er tot ist oder scheintot. Es mag sein, daß er sein Haupt wieder zu erheben versucht in dem modischen Anti-Zionismus der neuen Linken. Dies genau zu erkennen, bedürfte jedoch gründlicherer geistesgeschichtlicher Analyse. Von dieser Randerscheinung abgesehen, gilt für das Zusammenleben der jüdischen und der nichtjüdischen Staatsbürger wohl doch das Wort der ›Normalisierung‹. Ich weiß, daß gegen dieses Wort — gerade auch aus jüdischer Sicht — berechnete Einwände vorgebracht werden. Gemeint ist ein Zusammenleben, bei dem das Gewissen wach bleibt. Gemeint ist ein natürliches Verhältnis unserer Bevölkerung zu den jüdischen Gemeinden und den jüdischen Mitbürgern in dem Sinne, daß sie weder eine Diskriminierung noch eine Privilegierung erfahren.

Ich bin sicher, daß wir — mit Ihrer Hilfe, meine Damen und Herren — auf diesem Wege ein gutes Stück vorangekommen sind.

Bei dem raschen, ja hastigen Lauf der Zeit und bei dem Nachwachsen junger Generationen ohne alle die ernsten Erfahrungen ist es aber gefährlich, in der Normalisierung ein von der Vergangenheit losgelöstes, oberflächlich-freundliches Nebeneinander zu sehen. ›Problembewußtsein‹ ist hier wie anderswo Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis.

In diesem Zusammenhang ein Blick auf das *ökumenische Pfingsttreffen*, bei dem die beiden christlichen Konfessionen gemeinsam darangegangen sind, drängende Fragen der Zeit zu beantworten. Ich habe mit großem Interesse verfolgt, daß in *Augsburg* auch die Möglichkeit der *Begegnung mit dem Judentum* bestand: Der jüdisch-christliche Gottesdienst im Goldenen Saal des Rathauses hat ein ungewöhnlich starkes Echo gefunden, auch die jüdisch-christlichen Arbeitskreise waren gut besucht¹. Bemerkenswert erscheint mir, daß dort — für die Allgemeinheit leicht zugänglich — vor allem Gelegenheit zur Information geboten wurde.

Damit komme ich zurück zu dem Anlaß dieser Feierstunde: Ich hoffe, daß auch dieses Gemeindehaus — von seinem engeren Zweck abgesehen — offenstehen wird für alle, die sich ehrlich informieren wollen, die über das gemeinsame Gespräch das gemeinsame Verständnis suchen, so wie es mancherorts in den jüdischen Gemeindehäusern schon geschieht.

Es bleibt auf beiden Seiten Klischeedenken, Tabuisierung und Empfindlichkeit auszuräumen. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß Halbbildung und Unwissen immer die Rolle des Wegbereiters des Antisemitismus gespielt haben. Ich

¹ S. o. S. 74.

gebe ihm zwar in unserem Lande keine Chance mehr. Aber sollen wir uns damit begnügen? Zweitausend Jahre Juden in Deutschland — was wissen wir wirklich von ihnen? Das Haus, das wir heute einweihen, wird helfen, diese Schranken der Unwissenheit abzubauen. Dieses Haus ist ein Symbol für das Vertrauen einer jüdischen Gemeinde in die Stabilität unserer Demokratie. Es ist ein Symbol für das Vertrauen einer jüdischen Gemeinde darauf, daß sich ihre nichtjüdischen Mitbürger auch im Alltag als Demokraten bewähren werden. Dafür danke ich Ihnen.«

Der Süddeutsche Rundfunk *erinnerte in seiner Sendung am folgenden Tag (5. Juli 1971)*, im Zusammenhang mit der in den Ansprachen zum Ausdruck gebrachten Würdigung »badischer Juden, die sich um das Land verdient gemacht hatten«,

an »das historisch bedeutsame Ereignis und eine der wichtigsten und ergreifendsten Begegnungen in der Geschichte der Juden und Deutschen: Die Zusammenkunft zwischen dem *badischen Großherzog Friedrich I.* und *Theodor Herzl*, dem Wiener Juden, der die zionistische Bewegung der Neuzeit 1896 begründete und die Grundlage für den heutigen Staat Israel schuf [Vgl. »Der Judenstaat«].

Nach den Notizen, die uns *Herzl* hinterließ, nahm der Großherzog die Idee von der Gründung eines Judenstaates sehr ernst. Sein Hauptbedenken war, daß man es ihm als Antisemitismus auslegen würde, wenn er für die Sache einträte.

Herzl, damals 36 Jahre alt, war kein Fantast. Man kann heute nicht ohne Betroffenheit den Brief lesen, den Herzl nach seiner Rückkehr von Wien aus [am 26. 4. 1896²] schrieb; da steht: »... Die Judenfrage ist in Deutschland derzeit wohl keine so brennende, wie sie es in Oesterreich, Russland, Rumänien etc. ist. Aber gerade diese Ruhepause, die übrigens keine lange Dauer haben kann, läßt es möglicherweise als wünschenswerth erscheinen, an die Lösung heranzugehen. Denn wir hoffen, dass ein Strom von Segen für viele Menschen von unserer Sache ausgehen werde, und keineswegs allein für die Juden.

Fügt es Gott, daß wir in unser historisches Vaterland zurückkehren, so möchten wir als Culturträger des Westens in diesen jetzt verseuchten, verwahrlosten Winkel des Orients Reinlichkeit, Ordnung und die geklärten Sitten des Abendlandes bringen. Wir werden das tun müssen, um dort existieren zu können und dieser Zwang wird unser Volk erziehen, soweit es dessen bedarf...«

Damals gehörte Palästina noch zum Groß-Türkischen Reich.

Der badische Großherzog erzählte Herzl ein Jahr später, als sich die beiden auf der Insel Mainau trafen, der Kaiser stünde gut mit dem Sultan, und Herzl bat seinen fürstlichen Gesprächspartner, ihn beim Kaiser einzuführen. So geschah es auch. 1898 trafen sich Herzl und der deutsche Kaiser in einer zionistischen Kommission vor den Toren Jaffas [Vgl. Tagebuch Herzl vom 6. 12. 1898].

Am Schluß des Buches [»Alt-Neuland«], das Herzl Anfang dieses Jahrhunderts schrieb, stehen die Worte: »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.«

Viele wissen, daß der badische Großherzog auf seine Weise und in herzlicher Verbundenheit zur Person Herzls an die Staatengründung Israel geglaubt und auch mitgewirkt hat.«

G. L.

² In: *Herzl, Hechler: The Grand Duke of Baden and the German Emperor 1896–1904. Documents found by Hermann and Bessi Ellern.* Reproduced in Facsimile. Tel Aviv 1961, p. 37.

9 Antisemitismus verstößt gegen das Grundgesetz

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil um die »Ludendorff-Bewegung« entschieden, daß Antisemitismus gegen das Grundgesetz verstößt. Das Urteil stellt fest, daß der »Bund für Gotterkenntnis (L) E. V.«, der mit der »Ludendorff-Bewegung« verbunden sei, sich jedenfalls mit seinen »aggressiven antisemitischen Äußerungen« gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte.

Diese Äußerungen seien ein Teil seines Kampfes gegen sogenannte »überstaatliche Mächte«, nämlich »Weltjudentum«, »Weltkatholizismus«, »Weltkommunismus« und Freimaurertum. Durch diese Äußerungen würden die Angehörigen der bezeichneten Gruppen herabgewürdigt und verächtlich gemacht und werde »die Ausschaltung besonders der jüdischen Mitbürger aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik gefordert«. Deshalb verstießen diese Äußerungen nicht nur gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz, sondern auch gegen den besonders gewichtigen Verfassungsgrundsatz, der die Würde des Menschen gewährleistet und schützt.

In dem Prozeß hatte das Bundesverwaltungsgericht die Klage des »Bundes für Gotterkenntnis (L)« gegen ein vom bayerischen Innenministerium ausgesprochenes und von den beiden gerichtlichen Vorinstanzen bestätigtes Verbot zu neuer Verhandlung und Entscheidung an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen. In dem Urteil heißt es unter anderem, mit Rücksicht auf die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, die unter den Grundrechten einen besonderen Rang habe, müsse gegenüber Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen besonders sorgfältig geprüft werden, »ob eine etwaige verfassungsfeindliche Tätigkeit mit mildernden Verwaltungsmitteln als dem der Auflösung wirksam unterbunden werden und für die Zukunft verhindert werden kann«.

Der »Bund für Gotterkenntnis (L)« war von Mathilde Ludendorff, der Frau des Generalstabschefs im Ersten Weltkrieg, Erich Ludendorff, gegründet worden; nachdem sie 1966 im Alter von 88 Jahren gestorben war, hatte ihr Schwiegersohn ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie gründet sich auf eine völkisch-religiöse Weltanschauung (Aktenzeichen: I C 54/66).

(In: Jüdischer Presse Dienst, Nr. 7. Düsseldorf, Juli 1971. S. 11).

10 Maximilian Kolbe OFM

In Auschwitz gestorben am 14. 8. 1941, seliggesprochen am 17. Oktober 1971 im Petersdom von Papst Paul VI.¹

Maximilian Kolbe (mit Taufnamen Raimund Kolbe), wurde in einem ärmlichen Dorf Zdunska-Wola, nahe Lodz, am 8. 1. 1894 geboren.

Im Zuge der Massenverhaftungen in Polen und im Zusammenhang der von seinem Kloster herausgegebenen und von ihm mitredigierten »Kleinen Zeitung«, die am 8. 12. 1940 mit einer Auflage von 120.000 Exemplaren erschienen war, wurde er am 17. 2. 1941 verhaftet und am 2. Mai 1941 in Auschwitz eingeliefert (Nummer 16670).

¹ Auszugsweise zusammengestellt auf Grund der auch deutschsprachigen Ausgabe des in Padua erscheinenden »*Sendboten des hl. Antonius*«, die ihre Sonderausgabe (74/11) vom November 1971 Pater Maximilian Kolbe der Minoriten-Brüder OFM Conv. widmet (49 Seiten). Der »Sendbote des hl. Antonius« ist die offizielle Zeitschrift der Basilica del Santo.